

Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im März 2022

Sellami, Samir

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sellami, S. (2022). Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im März 2022. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-78891-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Samir Sellami | Zeitschriftenschau | 30.03.2022

Aufgelesen

Die Zeitschriftenschau im März 2022

In Zeiten der Krise, der Wende, des Übergangs drängen sich historische Vergleiche vielleicht nicht unbedingt deshalb auf, weil sie die Wirklichkeit besonders gut erklären können. Wahrscheinlicher ist, dass es sich bei ihnen um Anzeichen einer intellektuellen Bewältigungsstrategie handelt. Seit Beginn des Kriegsausbruchs in der Ukraine wurden in großer Zahl solche Vergleiche angestellt, verworfen, kritisiert, revidiert und relativiert: mit Hitlers Überfall auf Polen, Stalins Angriff auf Finnland, Napoleon in Spanien, der Kubakrise und schließlich Aleppo, Georgien und Grosny. Mal unscharf, mal anmaßend, nicht immer ohne jegliche Plausibilität. Doch nicht nur historische, auch Publikationsereignisse lassen sich mit der Gegenwart mal besser, mal schlechter ins Gespräch bringen. Ein Buch, an das man in diesen Tagen denken kann, ist von Ernst Bloch und heißt *Erbschaft dieser Zeit*.¹ Seine Grundfrage, was von einer im Zerfall begriffenen, aber noch nicht restlos zerfallenen Zeitordnung schon jetzt für die neue zu erben sei, dürften sich im Moment auch diejenigen stellen, die stark daran zweifeln, dass mit dem Ausrufen der „Zeitenwende“ die richtigen Töne getroffen sind.

„Das Neue kommt besonders vertrackt“, schreibt Bloch im Vorwort von 1934, der Zustand sei „elend und niederträchtig“, die Auswege, sofern es sie gibt, „krumm“. Inspirierend für das Vergleichsdenken sind aber nicht unbedingt Blochs bestechend stilsichere Entlarvungen des faschistischen Gedankenschrotts, auch nicht die Analysen zur Lage der „anfälligen Kleinbürger“ (EZ, S. 15) (wer wäre das wohl heute beziehungsweise wer wäre es nicht?). Noch weniger trägt das philosophische Kernstück im Mittelteil mit den Thesen zur Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit und deren „Pflicht zur Dialektik“ (EZ, S. 104–126) zur Aufhellung der Gegenwart bei. Inspirierender ist vielmehr Blochs Wahl der kleinen, brüchigen, literaturnahen Formen, die sich in ihren Gegenstand „gleichsam erst hinein[hören]“, in der Hoffnung, das Neue und Vertrackte als solches, „auch im Hemmenden“ (EZ, S. 15), in den Griff zu kriegen. Das macht das Buch, seine „Blätter“ (ebd.), wie Bloch es an einer Stelle nennt, zu einem „Handgemenge, und zwar mitten unter Anfälligen“ (EZ, S. 18). Um etwas zum Verständnis seiner elenden Zeit beizutragen, muss es herauskommen aus dem Versteck der falschen Sachlichkeit, jenem oft gerühmten politischen und publizistischen Affekt, der sich im Umgang mit dem Despoten im Kreml ein weiteres Mal als unzulänglich erwiesen hat.

Die „Wende der Zeit“ (EZ, S. 144) führt auch in Tagen wie diesen, wo das Tempo der Ereignisse dem Publikationsrhythmus der Vierteljahrszeitschriften keine Chance lässt, zu einem Aufblühen der kleineren Formen: der Kommentare, Dokumentationen, Chroniken, Newsletter, Interviews, Leitartikel, Feuilletons, Blogbeiträge, wissenschaftlichen Meldungen, Tagebucheinträge, Twitter-Threads, Gesprächsprotokolle und Faktenchecks. Auf solchen Darstellungsformen liegt auch das Hauptaugenmerk dieser Zeitschriftenschau. Dass in ihnen oft tagesaktuelle Nachrichten verarbeitet werden, lässt sich mit einer zweiten Strategie zur geistigen Krisenbewältigung zusammenführen: dem Versuch, sich möglichst nah an den Fakten und Tatsachen aufzuhalten. Ganz ohne Ironie ist das nicht, wenn man bedenkt, dass der häufigste Nachrichtensatz der letzten Wochen lautete, dass sich die Meldungen und Angaben vom Innenraum des Krieges nicht objektiv überprüfen ließen. Doch man erinnert sich leicht an die Anfänge der Pandemie: Wo Gewissheiten ins Wanken geraten und sich „verdrängte Materie“ (EZ, S. 123) über Nacht zurück ins Haus schleicht, ist die Suche nach einigermaßen festem Grund nur allzu menschlich.

Zu den Sachen

Anfangen kann man bei den letzten Ausgaben der [Ukraine-Analysen](#), die Fakten, Zahlen und empirische Details in Umfragen, Statistiken und Chroniken versammeln, ihrem Namen entsprechend aber auch analytisch einiges anzubieten haben. In seinem Kommentar in Ausgabe [Nr. 263 vom 14. März 2022](#) zieht [Jakob Hauter](#), wie so viele Beiträge in den letzten Wochen, traurige Zwischenbilanz, prangert die nicht von der Hand zu weisenden Kriegsverbrechen der russischen Seite an, begrüßt „die historische außen- und sicherheitspolitische Kehrtwende, die die deutsche Bundesregierung in Windeseile vollzogen hat“ (S. 4) und wagt vorsichtig die Prognose, dass ein Einsatz von Nuklearwaffen durch Putin ein zwar unrealistisches, aber auch realpolitisch nicht ganz auszuschließendes Szenario ist. [Eduard Klein](#) und [Mattia Nelles](#) teilen Hauters pessimistische Grundstimmung. Klein zeigt sich überzeugt, dass Putins von „Rache“ getriebener Überfall auf die Ukraine das Gegenteil seines vermeintlichen Ziels bewirke, wenn er schreibt: „Es ist absolut unklar, wie der Krieg in den nächsten Wochen weitergehen und in welcher Form der ukrainische Staat weiterexistieren wird. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass Putins Krieg den Nationsbildungsprozess der Ukraine stärker beschleunigt und konsolidiert hat, als die 30 Jahre der Unabhängigkeit zuvor.“ (S. 5) Seltsam unbeantwortet bleibt dabei allerdings, was das rapide erstarkte Nationalgefühl einem Volk nützt, dessen Land geraubt und vermint, dessen Städte, Infrastruktur und Kulturdenkmäler zerbombt und zerstört werden.

In gewisser Weise noch eindrücklicher als die Lektüre der Ausgabe vom 14. und der [Sonderausgabe vom 24. März](#), die ein fortlaufend aktualisiertes Online-Dossier zum Kriegsgeschehen bereitstellt, ist die Lektüre [der vorletzten Ausgabe Nr. 262](#) (Erscheinungstermin war der 22., Redaktionsschluss der 16. Februar). Eindrücklich deshalb, weil noch einmal deutlich wird, wie offen die Situation selbst ausgewiesenen Regionalexpertinnen noch wenige Tage vor Kriegsbeginn erscheinen konnte, auch wenn bei keiner von ihnen Illusionen über Putins Kriegs- und Zerstörungswillen zu erkennen sind. Noch kann [Eduard Klein](#) schreiben: „Es ist unklar, ob der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine noch weiter militärisch eskaliert.“ (S. 11) [Olena Lennon](#) teilt diese prognostische Vorsicht nicht und geht sogar so weit, die Vermutung anzustellen, dass Selenskyjs „Kriegsoptimismus“ möglicherweise mit verantwortlich für die bevorstehende kriegerische Eskalation des Konflikts sein könnte. Lennons Darstellung leidet, wie so viele vor Kriegsbeginn, an einer unglücklichen Symmetrieunterstellung. Lesenswert ist ihr Beitrag trotzdem, denn sie benennt gut belegte Ursachen der moralischen und militärischen Stärke der ukrainischen Verteidigung. Letztlich kommt sie aber dennoch zu dem Schluss, dass ein militärischer Sieg der Ukraine trotz erheblicher Fortschritte in Sachen Truppenstärke, Kampfmoral und internationaler Unterstützung äußerst unwahrscheinlich bleibt. Eine Befürchtung, die durch das Scheitern von Putins mutmaßlicher Blitzkriegtaktik allein wohl nicht aus dem Weg zu räumen ist.²

Im Gegensatz dazu sind sich Olexiy Haran, Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Nationalen Universität in Kiew, und sein Ko-Autor Petro Burkovskyi nicht erst seit Mitte Februar sicher, dass Russland die Ukraine überfallen wird. Sie rechnen außerdem fest mit Putins mittelfristiger Absicht, sämtliche „GUS-Staaten in ‚befreundete‘ Vasallenstaaten eines in seiner Vorstellung ‚wieder auflebenden Russland‘ zu verwandeln“ (S. 2). Mit [Haran und Burkovskyi](#) im Hinterkopf ist daran zu erinnern, dass „Spezialoperation“ und „Entnazifizierung“ nur besonders zynische Extremfälle einer seit Jahrzehnten in Russland grassierenden Geschichts- und Sprachklitterung sind, die kriegerische Annexionen als „Föderalisierung“ und hybride Besatzungsformen als „friedliche Lösungen“ etikettiert. Substanziell wichtig sind die „drei Lehren“ aus Putins außenpolitischer Radikalisierung, die sich, wie Haran und Burkovskyi betonen, nicht erst nach 2014, sondern spätestens seit 2002 beobachten ließe. Lehre Nr. 1: „Putin betrachtet Abkommen, die gegenseitige Verpflichtungen beinhalten, lediglich als Instrument, um Schwachstellen bei seinem Gegenüber zu entdecken. Er wartet dann auf den richtigen Moment, um aus dem Abkommen eine Falle zu machen.“ (ebd.) Lehre Nr. 2: Russlands Kompromissvorschläge seien so angelegt, dass sie höchstens auf den ersten Blick vernünftig erschienen, auf Dauer aber der anderen Seite Schaden zufügten. (ebd.) Lehre Nr. 3:

„Russlands Diplomatie dient als Instrument zur Legitimierung des Einsatzes militärischer Gewalt und dazu, den betroffenen Ländern das Recht auf Selbstverteidigung abzusprechen.“ (S. 3) Es ist zu hoffen, dass wenigstens diese drei Lehren von der Diplomatie auch im Umgang mit anderen autokratischen Regimen beherzigt werden. Für die Auseinandersetzungen mit Putin hingegen kommt die Einsicht vermutlich auf tragische Weise zu spät.

Auf der Suche nach dem richtigen Realismus

Der Kommentar ist das Genre der Stunde. Wolfgang Richter, Oberst a.D. und Wissenschaftler der Stiftung für Wissenschaft und Politik, [rekonstruiert die Vorgeschichte des Angriffskriegs](#). Dieser stelle nichts weniger als einen absoluten Bruch mit der gesamten europäischen Sicherheitsordnung dar: „The NATO-Russia Founding Act, the European Security Charter, and the Minsk Agreement are obsolete.“ (S. 8) Unüberhörbar ist die Semantik der Zeitenwende, die auch Richters zentralen Begriff der „military predictability“ (S. 1) motiviert. Genau diese werde von Putins Überfall nun schlagartig und einseitig außer Kraft gesetzt. Doch auch dem Westen, allen voran George W. Bush, spricht Richter eine gehörige Mitverantwortung bei der Erosion der europäischen Sicherheitsordnung zu:

Dennoch dürften sich die NATO und ihre Gleichgesinnten auch und gerade nach dem verheerenden Außerkraftsetzen militärischer Vorhersagbarkeit nicht einem Fatalismus der Feindschaft hingeben, sondern müssten sich Handlungsoptionen bewahren und schaffen. Richter benennt in diesem Zusammenhang drei gewaltige Herausforderungen, die nun zu bewältigen seien: erstens weiteren Eskalationen entgegenarbeiten, zweitens schnellstens die eigene Defensivkraft stärken und drittens aus den Trümmern der im Zerfall begriffenen Ordnung eine neue robuste und transparente Sicherheitsarchitektur aufbauen, „once the fog of war has cleared“ (S. 8).

Seit Putins Angriff ist die Forderung nach einem *realistic turn* in der europäischen Verteidigungspolitik in aller Munde. Kommentare wie der Richters dürften eine prominente Rolle bei der wissenschaftlich beratenden Begleitung der Pläne zur militärischen Nachrüstung spielen. In Leitartikeln, Tweets und Rundfunkauftritten stößt man allerdings nicht nur auf nüchternen Realismus, sondern auch auf schärfer formulierte Kritik und Polemik, die sich vor allem gegen zwei Formen der Naivität richtet: gegen die Einfalt der Friedensbewegungen und gegen die politische Kurzsichtigkeit derer, die an Handelsbeziehungen als bestes Mittel zur Kriegsprävention glaubten. Die Anschuldigungen treffen, wenn auch nicht immer den richtigen Ton, zwei neuralgische Punkte.

Nichtsdestotrotz warnt [Adam Tooze am 8. März im New Statesman](#) davor, Friedensbeschwörung und Gazpromkitsch zu hastig durch eine andere Blauäugigkeit zu ersetzen, nämlich die eines *great power realism*, der sich hinter ideologischen Barrikaden aus dem kalten Krieg verschanzt. Tooze' Beitrag greift ein in eine hitzig geführte Debatte um den Politikwissenschaftler John Mearsheimer und dessen neorealistic Theorie internationaler Beziehungen. Auf Putins Angriff habe Mearsheimer weniger überrascht als die meisten seiner Kollegen reagiert. Im Handeln des russischen Präsidenten sehe er zwar einen fatalen strategischen Fehler, aber nicht das Werk eines psychisch Kranken, einen folgenreichen Vertrags- und Vertrauensbruch, aber keine grundsätzliche Abweichung vom Schema der Kräfteverhältnisse zwischen Imperien.

Das habe, wie Tooze erklärt, eine Schar von Kritikern um die Historikerin Anne Applebaum dazu verleitet, Mearsheimer als Putinverstehler zu brandmarken. Die Vorwürfe gehen bis zu der Behauptung, Putin könnte seine fixe Idee zum Ukraine-Überfall von Mearsheimer geklaut haben. Abgesehen davon, dass solche Vorwürfe allein schon deshalb ins Leere laufen, weil in ihnen eine groteske Überschätzung der Macht von Narrativen ihr Unwesen treibt, plädiert Tooze dafür, bestimmte Aspekte von Mearsheimers „Realismus der Großmächte“ als immer noch diskussionswürdig anzuerkennen. Zugleich bleibe die Theorie jedoch weit hinter ihrem eigenen explanatorischen Anspruch zurück:

Denkbar allgemein, im Think-Piece-Slang, aber darum nicht weniger wirkungsvoll hält Tooze Mearsheimers Think-Tank-Pragmatismus ein anderes Realismusverständnis entgegen, das situationssensible Klugheit mit klar definierten ethischen und affektiven Interessen koordiniert:

Deutungsgefechte

Auf gewisse Kontinuitäten ist auch in Zeiten des Umbruchs Verlass. Wie üblich dröhnt in der Blogosphäre der unüberhörbare Polterton starker Männer, das gilt insbesondere für die starken Männer der Linken. Exemplarisch dafür ist [Sidecar](#), der Blog der [New Left Review](#) aus London, von dem eigentlich immer etwas zu lernen ist, auch wenn man dafür eben hin und wieder Ohropax benötigt. Wolfgang Streeck, Marco d'Eramo, Mike Davis, Richard Seymour – wie schon zu Beginn der Pandemie treffen sich die Hausautoren des traditionsreichen Journals zum welterschließenden Stelldichein. Das gehört zum normalen Diskursbetrieb und ist weder besonders schlimm noch besonders erhellend. Erhellender ist, dass der bislang interessanteste Beitrag der Reihe aus einer dezidiert ökonomischen Perspektive auf das Geschehen blickt. In einem Stück mit dem Titel [„Cold Peace“](#)

rekonstruiert Cédric Durand die drei Phasen des Scheiterns, in die sich die Zerfallsgeschichte der postsowjetischen Gebiete einteilen lässt. Der Text ist so dicht und prägnant, dass man ihn besser schnell selbst liest, anstatt ihn sich hier paraphrasieren zu lassen. Nur so viel: Durand macht deutlich, dass das fatale Scheitern der frühen von Jeffrey Sachs beaufsichtigten postsozialistischen Transformationsbemühungen zur Folge hatte, dass Putin seine spätere Machtkonzentration unter anderem mit dem Slogan: „The nineties: never again“ absichern konnte. Für den Wirtschaftswissenschaftler der Pariser École des Hautes Etudes en Sciences Sociales bestand auch vor dem Krieg kein Zweifel, welche Erbschaft die zerfallene Sowjetunion dank tatkräftiger Mithilfe des Westens hinterlässt: einen immer öfter von kriegesischen und kriminellen Episoden unterbrochenen „kalten Frieden“, ein künstliches Paradies für Oligarchen, eine Wüste für Demokratinnen, in der sogar das Versprechen auf minimaldemokratische Marktwirtschaftlichkeit nur eine Luftspiegelung ist.

Zumindest in der aktuellen Phase epistemischer Verunsicherung – oder auch schlicht der Angst und Betroffenheit – spenden Beiträge, die einem gewissen empirischen Imperativ verpflichtet sind, mehr Orientierung und Trost als antikapitalistisch aufgeblasener Weltschmerz. Das gilt in besonderem Maß für wirtschaftspolitisch und wirtschaftssoziologisch informierte Texte: [Aaron Sahr erklärt](#) hier auf Soziopolis, wie Geld nicht nur Kriege finanziert, sondern selbst als Kriegsmittel fungiert, im Extremfall mit nuklearem Beigeschmack.³ Das postkeynesianische Netzmagazin [Makroskop](#) beschäftigt sich mit den intrikaten Details der Sanktionen, [bremst etwa Euphorien](#), die sich an Russlands SWIFT-Ausschluss berauschen. Ökonom:innen der Forschungsinitiative [EconTribute](#) erstellen in ihrem [Policy Brief Nr. 29](#) erste Schätzungen bezüglich Kosten und Konsequenzen eines Stopps der Energielieferungen von Russland nach Deutschland für die Volkswirtschaften beider Länder.

Wer eine ganz auf Oligarchen zugerichtete Gesellschaftsform verstehen will, ist außerdem gut beraten, sich über Monopole zu informieren. Die perfekte Anlaufstelle dafür ist [Matt Stollers „newsletter about the politics of monopoly“](#). Dass Russland den Krieg mit Lieferungen von Gas, Kohle und insbesondere Öl teilfinanziert, ist aus sämtlichen Medien bekannt. In [„From Russian Pipelines With Love“](#) vom 26. Februar rechnet Stoller an diese Diagnose anknüpfend vor, wie sich durch geschicktes Ausnutzen monopolistischer Strukturen auch Folgekosten des Krieges auf den Rest der Welt abwälzen lassen. Dazu kommt, dass Monopolbildung auf Dauer zu Knappheit und Engpässen führt. Am Beispiel der neuartigen Förderungslandschaften von Flüssigerdgas (NGL) warnt Stoller:

Doch auch klassische Ideengeschichte hat ihren Auftritt in den Blättern der Zeitenwende. In denen für [deutsche und internationale Politik](#) vom 8. März beschreiben der russische Schriftsteller [Sergej Lebedew](#) und der ukrainische Historiker [Igor Torbakov](#) kulturpolitische Auswüchse einer Ideologie, die [Kurt Kister](#) in der Süddeutschen Zeitung vom 27. Februar als Putins Metaphysik bezeichnet hat. „Mein Oligarch geht in den Westen, ich glaube, ich muss bald nach.“ Diesen tieftraurigen Satz soll Lebedew einmal über das geistige Klima in Russland gesagt haben. In seinem Beitrag erklärt auch er die aktuelle Situation als Kulminationspunkt eines lange schwelenden Radikalismus, hier anhand des Zusammenwirkens von „Autoritarismus und Nostalgie“. Im Zentrum des Essays steht das am 28. Dezember 2021 von russischen Gerichten zwangsaufgelöste „Memorial International“. Gerade diese Einrichtung, so Lebedew, sei für Putin besonders gefährlich gewesen, weil sie durch zwei eigenständige Sektionen – eine „historisch-aufklärerische Gesellschaft“ und ein Menschenrechtszentrum – sowjetische und zeitgenössische Menschenrechtsverbrechen im Stil einer Wahrheitskommission in einen direkten Zusammenhang bringen konnte.

Bei Igor Torbakov geht es weniger um innerrussische Drangsalierungen der demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft als um die „geistige Abkopplung“ vom Westen, die von der dunklen Kremlin-Anthroposophie der letzten Jahre erfolgreich vollzogen worden ist. Der Text stellt eine Reihe von Protagonisten vor, die im Westen sehr viel weniger bekannt sind als der neoreaktionäre Philosoph Alexander Dugin, der neben dem Patriarchen Kyrill schon länger als gefährlicher geistiger Brandstifter im ‚wieder auflebenden Russland‘ auffällt.⁴ Beiträge dieser Art vermitteln Eindrücke vom geistigen Sumpf der Kamarilla im Kreml, aber auch sie wirken ein wenig „underspecified“ (Tooze), wenn es etwa darum geht, mögliche Anschlusszenarien ans gegenwärtige Kriegsgeschehen zu eruieren. Allein aus der Tatsache, dass in Russland ultrarechte Denker einen direkten Draht zu den höchsten Stellen des Staates haben, lassen sich Putins Eskalationen jedenfalls kaum erklären, schließlich sind ähnliche Phänomene auch anderswo zu beobachten, man denke nur an Steve Bannon in den USA oder Olavo de Carvalho in Brasilien.

Große Transformationen?

Zum Abschluss doch noch ein kurzer Blick in die Welt der Vierteljahreszeitschriften. Zwei Aufsätze im [Berliner Journal für Soziologie](#) und einer im [Leviathan](#) beschäftigen sich mit Fragen der „großen Transformation“. [Christian Kaven](#) entwirft einen theoretisch-methodischen Rahmen, der dabei helfen soll, Wahrscheinlichkeiten transformativer Klimapolitik realistischer einzuschätzen. [David Kaldewey](#) diskutiert Möglichkeiten, das in

der Pandemiebekämpfung virulente Konzept der „Systemrelevanz“ und das Verfolgen einer Politik, die sich qua Anpassung am Erhalt der verschiedenen kritischen Infrastrukturen orientiert, auch auf andere Politikfelder zu übertragen. Und [Lisa Suckert](#) erörtert, ebenfalls am Beispiel der Pandemie, die erheblichen Schwierigkeiten, die sich für jede systemrelevante Transformation daraus ergeben, dass sie im langzeitplanungsresistenten Zeitregime des Kapitalismus stattfinden muss. Vor diesem Hintergrund attestiert sie dem gegenwärtigen Staatswesen nur äußerst eingeschränkte Wirksamkeit als „zeitpolitische Ordnungsmacht“. Im Ensemble lesen sich die drei Essays wie eine hochaktuelle Problematisierung der Zeitenwende-Semantik, freilich noch ohne Kenntnis des Ukrainekrieges als bedeutendes transformatives Ereignis. So verschieden ihre Ausarbeitungen im Einzelnen sind, so ernüchternd einig sind sie sich in mindestens zwei Punkten. Erstens: „Eine große Bedrohung erfordert eine große Transformation.“ (Kaven, S. 69) Doch zweitens: Unter den gegenwärtigen Bedingungen seien große Transformationen, die auf einer effizienten und gerechten Koordination von „Einsicht, Umsicht und Vorausschau“⁵ beruhen, mindestens so unwahrscheinlich wie eh und je.

Allzu sehr von Blochs poetisierender Zeitkritik in den Bann gezogene Leserinnen könnten in solchen Beiträgen naserümpfend „bloß Soziologismus“ (EZ, S. 124) erkennen. Es spricht allerdings viel dafür, dass gerade sie etwas mehr Orientierung versprechen im „Nebel der Phraseologie“ (EZ, S. 67), der nicht nur über dem Kreml liegt. So kommt Lisa Suckerts Analyse kapitalistischer Zeitregime ganz ohne artifizielle Unterscheidungen in falsche und echte Ungleichzeitigkeiten (EZ, 122) aus, während Christian Kavens fünfstufige „Wandlungs-Klimax“ (S. 75) und seine beharrliche Trennung von Konversion und Transformation mehr Nuancierung erlaubt als Gegenwartsbeschreibungen, die aus lauter hegelianischen Widersprüchen zusammengestückt sind. Ganz und gar nicht „abgestanden“ (EZ, S. 112) hingegen klingt immer noch Blochs Mahnung an sich selbst, die sich als Absage an jeden Versuch lesen lässt, politische und gesellschaftliche Entgleisungen bloß als missliche Folgen schlechter Narrative zu deuten: „Der Akzent liegt nicht nur auf der Entlarvung des ideologischen Scheins, sondern auf der Musterung des möglichen Rests.“ (EZ, S. 18) Lässt sich diese Mission mit Kaldeweys Theorie der Systemrelevanz kurzschließen? Am Ende seines Aufsatzes wirft der Autor die Frage auf, ob die Soziologie nach Corona „die Herausforderung annimmt, durch eigene empirische Forschung zur Beantwortung dieser teilweise stark politisierten Fragen beizutragen, oder ob sie sich, dem in der Pandemie eintrainierten Verantwortungsgefühl entsprechend, auf die intellektuelle Unterfütterung und Kommentierung dessen beschränkt, was gesellschaftspolitisch Realität geworden ist“. Insofern damit Wahrheitssuche und nicht nur Politikberatung gemeint ist, wäre das sicher nicht das schlechteste Erbe für die nähere Zukunft der Soziologie – ob mit oder ohne

Zeitenwende.

Endnoten

1. Ernst Bloch, *Die Erbschaft dieser Zeit* (1935), Frankfurt am Main 1962. Zitate aus diesem Band werden im Folgenden mit dem Kürzel EZ + der Seitenangabe in Klammern direkt im Text angegeben.
2. Eine fundierte, wenn auch unvermeidlich spekulative Skizzierung dieser Taktik noch vor Kriegsausbruch und der daraus erwachsenden Dringlichkeit, die ukrainische Luftabwehr zu unterstützen, findet Lennon bei Dara Massicot, *Ukraine Needs Help Surviving Airstrikes, Not Just Killing Tanks*, in: *Defense One*, 19.1.2022, <https://www.defenseone.com/ideas/2022/01/ukraine-needs-help-surviving-airstrikes-not-just-killing-tanks/360898/> (25.3.2022).
3. Exemplarisch dafür steht selbstverständlich die Aussage, die Sanktionspakete gegen Russland entsprächen einer „finanziellen Atombombe“, ein Lapsus ausgerechnet Bruno Le Maire, dem nicht erst seit seinen fiktionalisierten Auftritten in Michel Houellebecqs neuem Roman *Vernichten* der Ruf des nüchternen Sachlichkeitsgenies anhängt.
4. Zum geistlichen Brandstifter Kyrill I., dem Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, siehe Viktor Yelenskijs, [How the Russian Orthodox Church Enabled Putin's War against Ukraine](#), in: *Euromaidan Press*, 22.3.2022, zum geistigen Alexander Dugin, vor allem dessen Geschichtsphilosophie, auch in seinen Beziehungen zum ideologischen Kontext der internationalen Ultrarechten, siehe Dmitry Shlapentokh, [The Time of Troubles in Alexander Dugin's Narrative](#), in: *European Review* 27 (2019), 1, S. 143–157.
5. Kaven zitiert hier aus: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*, Berlin 2011, S. 5.

Samir Sellami

Dr. Samir Sellami, Literaturwissenschaftler und Literaturkritiker, arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung in der Redaktion der Zeitschrift *Mittelweg 36* sowie des Internetportals *Soziopolis*.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/aufgelesen/maerz2022.html>